

Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Altersarmut in Nordrhein-Westfalen“ (BT-Drucksache 19/17922)

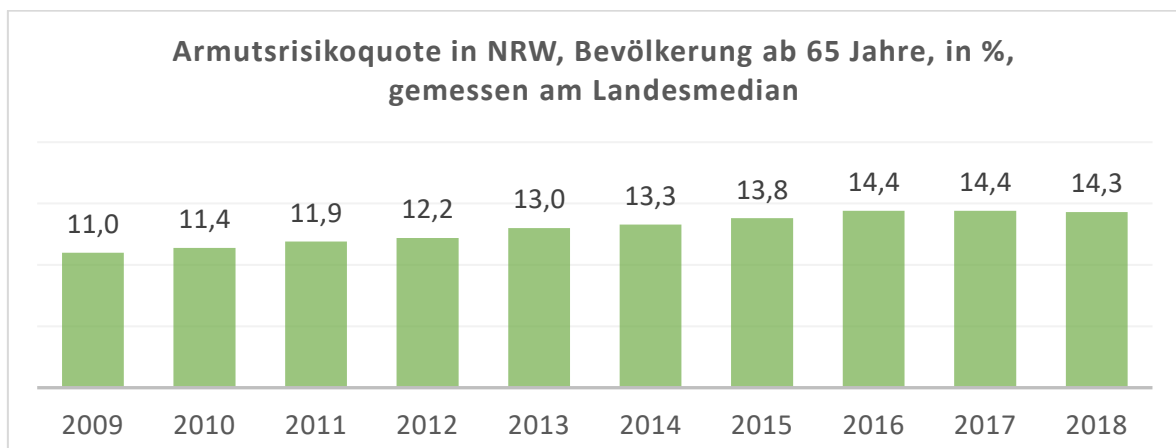
Die Arbeitswelt wandelt sich. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis ist zwar noch vorherrschend. Doch gerade im vom Strukturwandel geprägten Nordrhein-Westfalen treten neben geschlossene Erwerbsbiographien zunehmend solche, die erzwungene und manchmal auch freiwillige Brüche aufweisen. Prekäre Beschäftigung ist, insbesondere unter Frauen, alles andere als ein Randphänomen. Neue Formen selbständiger Beschäftigung entstehen, die weder über die Rentenversicherung noch über andere Systeme abgesichert sind. Gleichzeitig verfügen Frauen oft immer noch nicht über eine ausreichende eigenständige Alterssicherung. Abstiegsorgen und die Angst vor Altersarmut werden somit immer mehr zu ernstern Problemen.

Laut aktuellem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes hat Nordrhein-Westfalen unter den großen Flächenregionen die höchste Armutsquote und weist zudem im Zehnjahresvergleich die mit Abstand schlechteste Entwicklung auf. Dies ist wesentlich auf die Entwicklung im größten Ballungsraum Deutschlands, dem Ruhrgebiet, zurückzuführen, wo die Armutsquote seit 2008 um insgesamt 28 Prozent angestiegen ist. Seinen Niederschlag findet dies in der Zunahme der Quote der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter. In NRW insgesamt verzeichnet die Sozialstatistik im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von mehr als einem Drittel (Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband 2019: Der Paritätische Armutsbericht 2019).

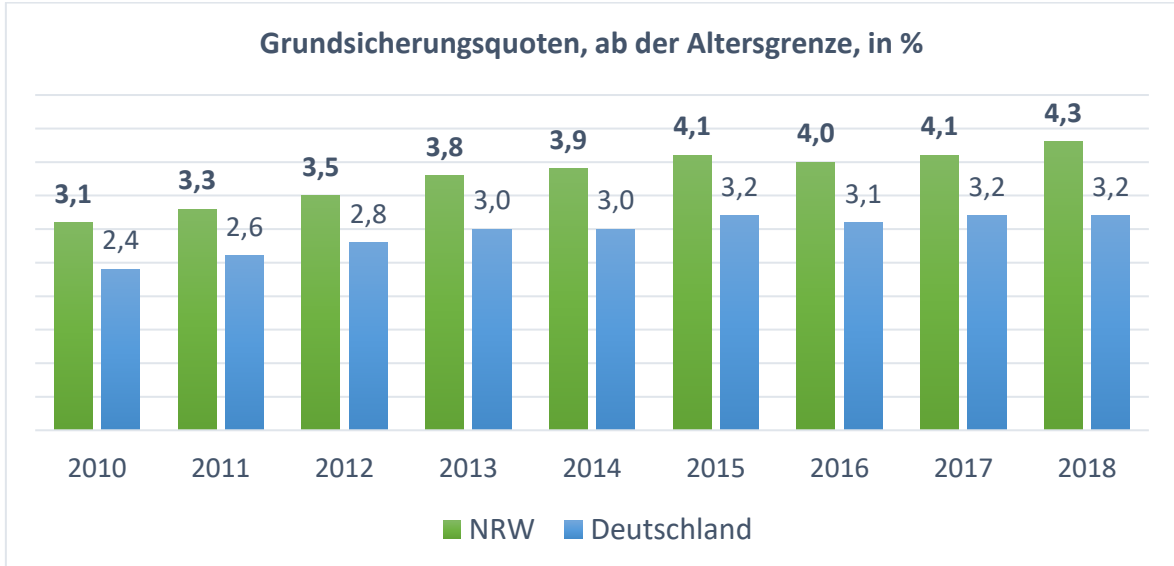
Nicht zuletzt aufgrund der grundsätzlichen Zuständigkeit für das Alterssicherungssystem fällt diese Entwicklung auch in den politischen Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Wir haben diese deshalb im Rahmen einer Kleinen Anfrage befragt.

Die wesentlichen Ergebnisse:

- Die **Armutsrisikoquote der mindestens 65-Jährigen hat in NRW erheblich zugelegt**. Gemessen am Median-Einkommen im Land Nordrhein-Westfalen stieg der Wert von 11 Prozent im Jahr 2009 innerhalb von neun Jahren auf 14,3 Prozent im Jahr 2018 – **eine Zunahme von fast einem Drittel**. Gemessen am Durchschnittseinkommen in Deutschland insgesamt hat sich die Quote von 11,4 Prozent gar auf 16,0 Prozent erhöht ([Frage 6](#)). Weniger als ein Drittel (31 Prozent) aller in Armutsgefährdung befindlichen Personen ab 65 Jahren hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Möglichkeit, im nächsten Jahr ein Nettoäquivalenzeinkommen oberhalb von 60 Prozent des Medians zu erreichen ([Frage 7](#)).



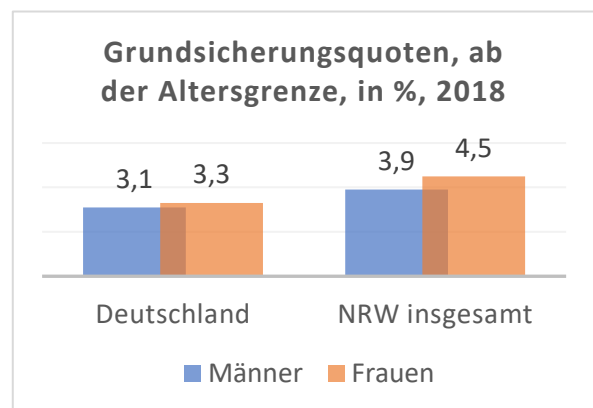
- Immer mehr Menschen im Rentenalter sind in NRW auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Der **Anteil der EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter an allen Personen ab 65 Jahren** ist zwischen 2010 und 2018 **stark gestiegen**, nämlich um **mehr als ein Drittel**, von 3,1 auf 4,3 Prozent. 2018 bezogen rund 155.000 Personen diese Leistungen. 2010 waren es noch etwa 112.000.



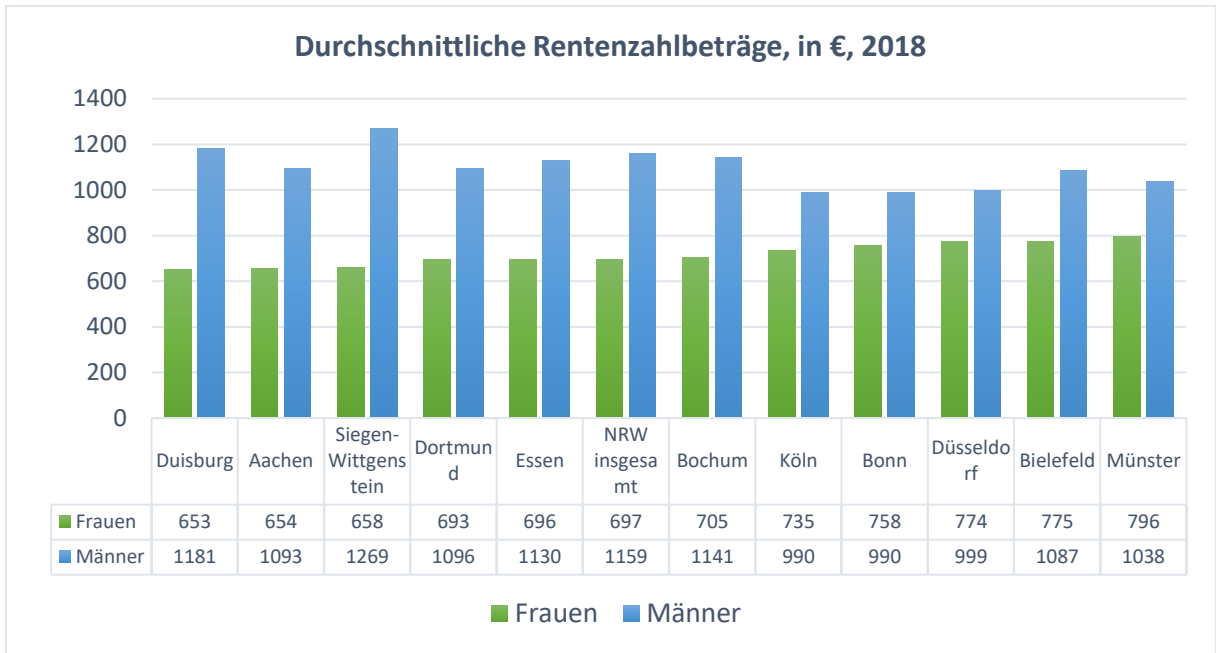
Von einem höheren Niveau als der Bundesschnitt kommend, entwickelten sich die Zahlen in NRW zudem dynamischer als in Deutschland insgesamt (**Frage 3 und 4**).

Dementsprechend zügig entwickelten sich die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in diesem Zeitraum von 1,1 Milliarden Euro auf mehr als 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2018, ein Anstieg von 58,1 Prozent (**Frage 5**; Bezug: NRW).

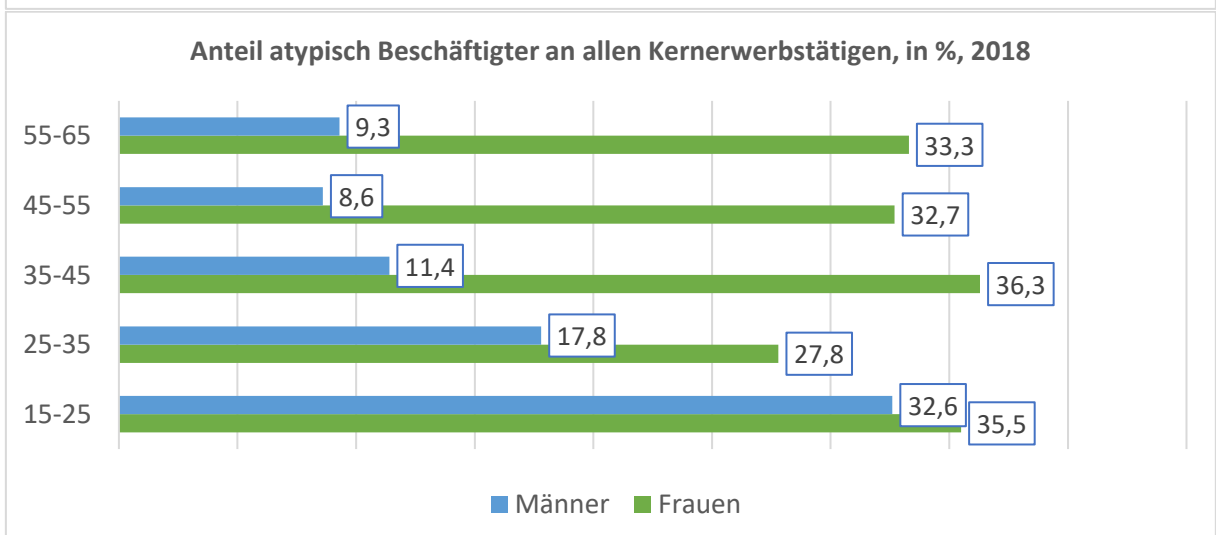
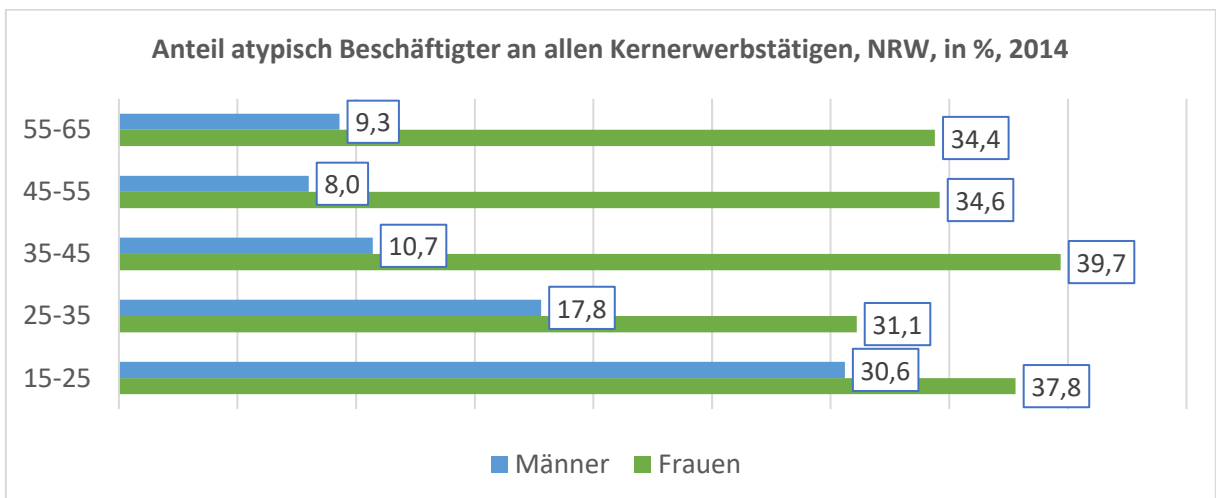
- **Frauen im Rentenalter müssen besonders häufig auf staatliche Unterstützung zurückgreifen.** Die Grundsicherungsquote der Frauen lag in NRW im Jahr 2018 mit 4,5 Prozent um 0,6 Prozentpunkte oberhalb des Werts der Männer. Dieses geschlechterpolitische Verteilungsproblem war damit dort spürbar stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik insgesamt (**Frage 3 und 4**).



- Die **geschlechtsspezifischen Unterschiede** bei den Grundsicherungsquoten korrespondieren mit der **Höhe der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge**. In Nordrhein-Westfalen schlägt die traditionelle familiäre Arbeitsteilung besonders klar durch. Die **Rentenlücke zwischen Männern und Frauen** betrug 2018 im Rentenzugang in NRW immer noch **knapp 40 Prozent** (39,9 Prozent). In einzelnen Kommunen, etwa im Ruhrgebiet, ist dieser Unterschied noch deutlicher (**Frage 1**).



- Was bringt die **Zukunft in Sachen Gender Pension Gap**? Der noch immer prägnante Gender Pay Gap und die Verteilung der atypischen Beschäftigung dürfte leider dazu beitragen, dass sich die Lücke nur sehr langsam schließen wird.



Der **geschlechtsspezifische Lohnunterschied lag 2019 in NRW bei noch rund 21 Prozent (Frage 9)**. Frauen sind hier zudem häufiger atypisch und damit oft prekär beschäftigt als Männer. Der Vergleich zwischen den Daten von 2014 und 2018 lässt allenfalls eine leichte Verbesserung erkennen. In allen Altersgruppen oberhalb von 25 Jahren bestehen große Unterschiede. **Atypische Beschäftigung ist heute vor allem ein Frauenproblem, das sich später in vielen Fällen in der Altersversorgung widerspiegeln wird (Frage 10)**.

Ähnlich verhält es sich im Niedriglohnbereich. **Der Anteil der Frauen unter den Niedriglohnbeschäftigten war 2014 (neueste verfügbare Zahl) fast doppelt so hoch wie der der Männer (Frage 11)**.

